

Für die Landwirtschaft.

Mehr Aufmerksamkeit den Wiesen.

Die beste Zeit, mit der Heuernte zu beginnen, ist gekommen, wenn die Mehrzahl der Gräser zu blühen beginnt. Das Heu ist dann am schmackhaftesten, gibt den höchsten Ertrag und besitzt den höchsten Nährstoffwert.

Nur eine nährstoffreiche Wiese kann befriedigende Ernten bringen, meist sind aber die Wiesen von Natur aus nicht reich und bedürfen einer Düngung. Mit Phosphorsäure und Kali gesättigte Wiesenpflanzen liefern ein Heu, das 1,8 bis 2 Prozent Kali und 0,6 bis 0,7 Prozent Phosphorsäure enthält. Je mehr der Gehalt unter diese Grenze sinkt, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß verstärkte Kaliphosphordüngung eine Ertragssteigerung hervorbringt. Ein zwölf Jahre lang in Erntehöfen (von Paul Wagner) durchgeführter Versuch hat gezeigt, daß selbst bei einem Gehalt von 0,54 Prozent Phosphorsäure der Ertrag noch erheblich gesteigert werden konnte. Im Mittel der zwölf Jahre wurde erhalten: Bei Kalidüngung ohne Phosphorsäure: 54,4 Doppelzentner Heu mit 0,54 Prozent Phosphorsäure, bei Kalidüngung mit Phosphorsäure: 78,7 Doppelzentner Heu mit 0,64 Prozent Phosphorsäure.

Die Qualität des Futters wird nach einer Düngung auch dem Eiweißgehalt nach höher. Dr. Brodemann fand auf mit Thomasmehl, Kali und Kali gedüngten Parzellen einen Proteininhalt des Heus von 12,87 gegen 8,27 Prozent auf den ungedüngten Parzellen. Nach Versuchen Fouchards und Bonnetats von der Versuchsanstalt Petre ist unter dem Einfluß von Thomasmehl der Gehalt des Heus an Eiweißsubstanzen von 6,46 Prozent auf 13,17 Prozent und gleichzeitig der Phosphorsäuregehalt von 2,97 Prozent auf 4,24 Prozent gestiegen. Nach Versuchen Vatures enthielt das Heu der ungedüngten Parzellen 7,78 Prozent Eiweißstoffe, der mit Thomasmehl gedüngten Parzellen 9,34 Prozent Eiweiß, der mit Thomasmehl und Kalium gedüngten 9,74 Prozent Eiweiß. Der Phosphorsäuregehalt stieg von 2,88 Prozent auf 4,22 Prozent resp. auf 4,67 Prozent. Auch die botanische Zusammensetzung der Wiese wird nach einer Düngung besser. Da die Gräser gekräfftigt sind, schließen sie die Narbe besser und ersticken die blattreichen und anspruchsvollen Unkräuter.

Wie bei der Pflanze, so gibt es auch bei der Tierernährung ein Nährstoffminimum, d. h. ist ein Stoff in verhältnismäßig geringer Menge vorhanden, so kann ein Wachstum nicht stattfinden, das über die Ausnutzung dieses Stoffes hinausgeht, auch wenn alle andern Stoffe in reichlicher Menge vorhanden sind. Ein unzureichender Gehalt an phosphorsäurehaltigen Stoffen im Heu kann das Wachstum der Tiere hemmen und Knochenbrüchigkeit hervorrufen. Das Anfangsstadium dieser Krankheit zeigt sich häufig in der sogenannten Lecksucht. Bemerkbar sind solche Erscheinungen bei seinem Vieh, so sucht man durch Aufstreuen von künstlichen Phosphorsäuresalzen (Futterkaff) aufs Futter für den Anfang der Krankheit entgegenzuwirken. Zur rechten Zeit dünge man dann die Wiesen und Weiden reichlich mit Phosphorsäure und Kali, welche Stoffe dann im Heu in für das Tier gedeihlichen Formen, insbesondere auch im Weizen, das zum Weidenaufbau verwandt wird, sich wieder finden werden. Ein Düngemittel, das beide Nährstoffe in für die Wiesen und Weiden nützlicher Form enthält, ist das Thomasmehl.

Es fragt sich nun, ob man die Wiesen jetzt gleich nach dem ersten Schnitt düngen kann, oder ob man etwa damit bis zum Herbst warten muß. Die Frage ist ohne weiteres zu bejahen. Es ist anzuraten, nach dem ersten Schnitt etwa 5 Doppelzentner Thomasmehl, 5 Doppelzentner Kalium und Kaliumstickstoff zu streuen, leicht einzuziehen und eventuell die Narbe mit einer glatten Walze anzudrücken. Oft wird man zur Düngung gerade zu dieser Zeit gezwungen sein, wenn z. B. die Herbst- und Frühjahrsdüngung infolge reichlicher Nässe unterbleiben muß. Die gute Wirkung wird sich meist schon beim zweiten Schnitt deutlich zeigen. Vor allem aber geben die Pflanzen gekräfftigt in den Winter hinein und nehmen ihr Wachstum im nächsten Frühjahr mit mehr Energie auf, als wenn erst im Herbst gedüngt worden wäre. Moos und Unkraut können nicht so üppig gedeihen und verlieren sich meist im nachkommenden Winter. Der meist gebrauchte Wiesendünger ist der Kompost. Das sind Abfälle aller Art, wie z. B. Spreu, Stroh, Häkchen, vermischt mit Erde und Sand. Seine Wirkung ist zwar bodenverbessernd, aber auf die Dauer oft nicht ausreichend.

Nah und Fern.

Keine „vereinfachte“ Rechtschreibung. Die geplante „Vereinfachung“ der deutschen Rechtschreibung soll vorläufig unterbleiben, da die maßgebenden Instanzen eingeschrieben haben, daß augenblicklich eine Reform unzumutbar ist. Der Gedanke soll aber später wieder aufgenommen werden.

Die Barfemadung durch Stempelabdruck für gewöhnliche Briefsendungen des inneren deutschen Verkehrs ist bei einer Reihe weiterer Postämter zugelassen worden. Die Freimadung findet jetzt für die Gebührensätze 10, 15, 20, 40, 60 und 80 Pf. statt. Vom 1. August ab wird zur Freistempelung durchweg rote Stempelfarbe verwendet.

Die Visumgebühren für die Reise nach Tschechien. Die tschechoslowakische Paktstelle in Berlin teilt mit, daß die Visumgebühren zur Reise in die Tschechoslowakei für Reichsdeutsche 40 und 50 Mark beträgt. Entgegen Blättermeldungen sind „Anzugsgebühren“ nicht eingeführt.

Der siebente Internationale Kongress der Freundsinnen junger Mädchen beschäftigte sich mit dem Mädchenhandel. Der Kongress nahm einstimmig folgende Punkte an, die dem Sekretariat des Bälterbundes übermitteln werden sollen: 1. der Mädchenhandel ist als ein Verbrechen zu bezeichnen, 2. die vorbereitenden Handlungen sind ebenso strafbar wie das Verbrechen selbst, 3. der Handel im Inlande ist ebenso strafbar wie der internationale strafbar ist, 4. Mädchenhandel soll den strengsten Strafen unterliegen.

Unsere Brotversorgung.

Allmählicher Übergang zur freien Wirtschaft.

Das Ziel einer völligen Beseitigung der Zwangswirtschaft ist, soweit es sich um das Brotgetreide handelt, noch in weiter Ferne. Allerdings haben wir auch die alte Zwangswirtschaft nicht mehr, die sich bemühte, möglichst alles zu erfassen. Wir sind in einem gewissen Abbau begriffen, indem ein sogenanntes Umlageverfahren eingeführt wird. Ein bestimmter Teil der Ernte wird auf dem Wege der Zwangsablieferung erfährt, und der Rest wird freigegeben. So hofft die Regierung wenigstens den Wünschen des Landbaus sowohl wie der Verbraucher entgegenzukommen und dabei auch einer übermäßigen Verteuerung des Brotes entgegenzuwirken. Der Ernährungs-

minister Hermes nahm dieser Tage im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft Veranlassung, sich über die Gesichtspunkte der Regierung zu äußern.

Bei Neuregelung der Getreidewirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1920/21 sei es das Ziel gewesen, die Quotierungen ausserhalb zu erschwinglichen Preisen sicherzustellen. Hierzu sei die alte Zwangswirtschaft, die von den landwirtschaftlichen Kreisen abgelehnt werde und auch mit der Natur des landwirtschaftlichen Betriebes schwer vereinbar sei, nicht die geeignete Form. Die Erfassungszahl von Brotgetreide, Gerste und Hafer, bei der Reichsgetreidestelle sei vom Jahre 1918 bis zum Jahre 1920 auf ein Viertel zurückgegangen. Bei Fortsetzung der alten Zwangswirtschaft sei ein weiterer Rückgang der Erfassungszahl sehr wahrscheinlich. Wenn sich der Rückgang im gleichen Verhältnis wie in den letzten beiden Jahren vollziehe, so dürfe für das nächste Wirtschaftsjahr nur mit einer Erfassung von 600—700 000 Tonnen gerechnet werden. Dieser Zahl würde ein Bedarf von 2,4 Millionen Tonnen gegenüberstehen. Der Minister wandte sich den Bedenken zu, welche der Einführung einer völlig freien Wirtschaft entgegenstünden. Eine Steigerung der Einfuhr müßte eintreten, die in keinem Verhältnis zu unserer sonstigen Ausfuhr stehen und wirtschaftlich eine unerträgliche Belastung darstellen würde. Die Höhe des Brotgetreidepreises würde dem Weltmarktpreis nahe kommen und hierdurch das Brot bis auf das zwei- oder zweieinhalbfache verteuert werden. Die Freigabe von Fleisch und Kartoffeln könne nicht als Vergleich herangezogen werden, da hier bessere Produktionsverhältnisse vorlägen. Bei dem wichtigsten Nahrungsmittel, dem Brot, müsse die Steuer noch fest in der Hand behalten werden. Es müsse zweierlei erreicht werden: Förderung der Produktion in Verbindung mit einer erträglichen Belastung der Verbraucherschaft. Durch das Umlageverfahren unter Freigabe des Überschusses an Getreide werde ein Übergang zu der freien Wirtschaft geschaffen. Hierdurch ließe sich eine Erhebung der Produktion erreichen, die uns auch vom Ausland allmählich unabhängig mache, und es würde der Schleißhandel mit seinen demoralisierenden Wirkungen beseitigt.

Neueste Meldungen.

Erleichterung für Auslandsbesucher.

Berlin. Zwischen dem Reichspostministerium und den in Frage kommenden ausländischen Stellen schweben zurzeit Verhandlungen, die eine Erweiterung der Abfahrtswege und eine Verbesserung der Verkehrsbedingungen für Telegramme nach dem Ausland im Auge haben mit dem Ziele, dem deutschen Handel für seinen Verkehr mit überseeischen Ländern auch billiger Telegrafengebühren zu schaffen. Es besteht Aussicht, daß in nächster Zeit überseeische Telegramme zu halber Gebühr sowohl auf dem Kabelweg als auch auf dem Funkweg wieder eingeführt werden können.

Die Arbeiter-Olympiade.

Prag. Am 2. dieses Monats wird in Prag die sogenannte „Arbeiter-Olympiade“, eine internationale Veranstaltung der Arbeiter-Turnvereine, beginnen. Aus der Tschechoslowakei nehmen allein 30 000 Turner an der Olympiade teil, doch sind aus allen Ländern starke Gruppen angemeldet, darunter auch aus Deutschland. Der Ausschuss der Arbeiter-Olympiade hat eine Reihe von Sozialistenführern nach Prag eingeladen. Aus Deutschland wird u. a. der Abgeordnete Scheidemann der Einladung folgen.

Schaffung einer französischen Luftflotte.

Paris. Paul Renaud hat in der Kammer eine Vorlage eingebracht, welche die Schaffung und Unterhaltung einer mächtigen Luftflotte fordert. Eine Regierungsgesellschaft würde das aufgebauete Luftverkehrsnetz betreiben unter Verwendung von Militärflugzeugen, welche ihre Übungsfüge auf solchen Strecken vornehmen könnten, die für den Staat einen einträglichen Gewinn ermöglichen würden. Die solcher Art ins Auge gefasste Einrichtung würde es ermöglichen, Postverbindungen und Reiseverkehr zwischen Frankreich und seinen Kolonien aufs rascheste und regelmäßigste herzustellen und eine Organisation zu schaffen, welche die Sicherheit der von Frankreich verwalteten Gebiete sicherzustellen geeignet ist.

Totfahrgewinnung des französischen Aufbaus-Bananas.

Paris. Die Kammer lehnte die Untersuchung über die Verletzung der für den Wiederaufbau in Nord-Frankreich bestimmten Gelder an verschiedene Großindustrielle ab und sprach nach einer Rede des Außenministers Loucheur dem Ministerium mit 47 gegen 67 Stimmen das Vertrauen aus.

Ranibellismus am Kongo.

London. Der Afrikanische Wälder erzählt im Daily Chronicle, daß der Beamte, der während des Krieges in Ostafrika mit der Verpflegung der eingeborenen belagerten Truppen betraut war, ihm mitgeteilt habe, an einem gewissen Tage hätten die schwarzen Wälder der Belgier statt Kinder einen Kastrierte als Währung verlangt. Überall am Kongo besteht der Ranibellismus fort.

Verhaftete Konsuln.

Basel. Nach einem Telegramm aus Kadal sind die Konsuln der Schweiz, Italien und Polen in Odesa auf Befehl der Sowjetregierung unter der Anklage der Spionage verhaftet und nach Kofstau ins Gefängnis überführt worden.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Ein deutsch-französischer Zwischenfall.

Brüssel, 6. Juni. (tu.) Ueber einen Zwischenfall in Esweiler bei Aachen berichtet das Journal: Ein Deutscher, der trotz Verbotes militärisches Gebiet betreten hatte, wurde von der französischen Schutzwache, die ihm vergeblich Halt zugerufen hatte, angeschossen und dadurch verwundet. Deutsche Bürger eilten hinzu und nahmen eine drohende Haltung gegen die französischen Posten ein, der durch einen deutschen Polizeibeamten verhandelt wurde. Ein Sergeant von der französischen Garde schob dann den Soldatmann nieder. Während des Streites wurde auch noch eine andere Person verwundet.

Der polnische Bandenterror.

Breslau, 6. Juni. (tu.) In den Industriegebieten breitet sich allmählich Disziplinlosigkeit unter den polnischen Inturgenten. Sie üben besonders in Hindenburg eine unumschränkte politische Willkürherrschaft aus. Die Franzosen sehen nach wie vor dem polnischen Bandenterror talentlos zu und dulden es, daß die Horden Korjantons Gefangene mißhandeln und Lösegeld erpressen.

Frankreichs Entgegenkommen?

Genf, 5. Juni. Sowohl der Temps als auch der Petit Parisien finden plötzlich gegenüber der Regierung Wirth eine Sprache, die sowohl sachlich wie in der Form von einem gewissen Entgegenkommen zeugt. Der Petit Parisien, der bisher durchaus nichts von der Aufhebung der Sanktionen wissen wollte, hat seine Meinung in dieser Beziehung vollkommen geändert, und bemerkt heute, daß sich dieser Wunsch Deutschlands sehr wohl erfüllen lassen würde, da diese Maßnahme lediglich

wegen der Haltung des früheren Außenministers Simons erfolgt sei. Sobald festgestellt sei, daß die Regierung Wirth die notwendige Kraft habe, um gegenüber den Parteien der Rechten ihre Versprechen durchzuführen, bestesse für Frankreich kein Grund mehr, die Aufhebung der Besetzung der Kohlenbasen und der rheinischen Zollmaßnahmen zu verweigern.

Fiasko der französischen Anleihe in Amerika.

New York, 6. Juni. (tu.) Die neue französische Anleihe in den Vereinigten Staaten hat sich als ein glattes Fiasko dargestellt, vornehmlich deshalb, weil die Amerikaner die von Frankreich eingeschlagene Rührpolitik und sein jegliches Verhalten in der oberflächlichen Frage als Frankreichs eigener Wirtschaft abträglich betrachten.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 6. Juni.

Zur Steuererklärung verpflichtet. Vor kurzem wurde die in amtlicher Form gehaltene Nachricht verbreitet, daß Steuerpflichtige mit einem Einkommen unter 10 000 Mark auch dann keine Steuererklärung abzugeben brauchen, wenn sie vom Finanzamt zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung aufgefordert worden sind. Diese Nachricht ist unzutreffend. In der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 1. Februar 1921 über die Abgabe der Steuererklärungen zur Veranlagung der Einkommensteuer ist ausdrücklich bestimmt, daß Steuerpflichtige, die nicht schon auf Grund der allgemeinen öffentlichen Aufforderung eine Steuererklärung abgegeben haben, d. h. Steuerpflichtige mit einem Einkommen unter 10 000 Mark, verpflichtet sind, eine Steuererklärung abzugeben, wenn ihnen eine besondere Aufforderung hierzu vom Finanzamt zugegangen ist. Werden also Steuerpflichtige mit einem Einkommen unter 10 000 Mark vom Finanzamt besonders aufgefordert, dann sind auch sie zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet und setzen sich bei Nichtabgabe der Einkommensteuererklärung der Festsetzung eines Zuschlages zur Steuer und gegebenenfalls auch der Verhängung einer Ordnungsstrafe aus.

Für unsere erholungsbedürftigen Kinder! Der diesjährige Zweigverein der Sächsischen Festschule will auch in diesem Jahre sein Liebeswerk an den erholungsbedürftigen Kindern unserer Stadt fortsetzen. Wenn sich deshalb der Gesamtvorstand im Anzeigenteile der vorliegenden Nummer an unsere gesamte Einwohnerschaft mit der herzlichen Bitte wenden, daß die Verwendung von Mitteln wendet, dann sind wir gewiß, daß er überall offene Herzen und Hände findet.

Die Maul- und Klauenseuche war am 1. Juni noch in Gemeinde und 1 Gehöft der Amtshauptmannschaft Reichen verbreitet, gegen 2 Gemeinden und 2 Gehöfte am 15. Mai. In ganz Sachsen waren es 43 Gemeinden und 126 Gehöfte gegen 46 Gemeinden und 88 Gehöfte am 15. Mai.

Vom Frühlustoben. Wenn man im Winter gern möglichst lange im Bette blieb, so lockt jetzt die liebe Sonne zum Frühlustoben. Ob man der Luftpollung folgt, ist freilich eine andere Frage. Viele sind die Langschläfer so gemohnt, daß sie sich nur schwer von den Fesseln dieser Gewohnheit befreien können. Das ist natürlich von Uebel, denn nur der wirkliche Schlaf ist gesund, das bloße im Bett Liegen aber nicht. Im übrigen ist nachgewiesen, daß man im Sommer weniger Schlaf braucht als im Winter. Man zwingt sich also, täglich etwas früher aufzustehen als am Vortage, denn gewaltam soll man eine Angewohnheit ja auch nicht vertreiben. Daß Morgenlunde Gold im Grunde hat, weiß jeder, aber wie wenige wenden diese uralte Weisheit an!

Bei Postsendungen nach Landorien (Orien ohne Postanstalt) wird der Name der Postanstalt, zu deren Bestellbezirk der Bestimmungsort gehört, in der Aufschrift häufig gar nicht oder unrichtig angegeben. Dadurch werden Fehlleistungen verursacht, die besonders bei den gegenwärtig eingeschränkten Beförderungsgelegenheiten empfindliche Verzögerungen zur Folge haben können. Es ist notwendig, daß die Bestellpostanstalt unter dem Landorte deutlich angegeben und durch Unterstreichen hervorgehoben wird.

Der plötzliche Buttersegen. In Rosten auf dem Wochenmarke wurde das Stüchchen Butter mit 12 M bzw. 11,50 M verkauft. Infolge Aufhebung der Zwangswirtschaft erfolgt jetzt, wie aus Bayern gemeldet wird, ein derartiges Ueberangebot an Butter, daß eine Einsammlung durch die amtlichen Butterankäufer fortan unterbleiben muß. Es wird deshalb von den Butterfahrgestellten keine Butter mehr angenommen. Eine ähnliche Meldung kommt aus dem Kreise Gummersbach. Dort hat die Stadtverwaltung die Annahme der ihr aus dem Kreise überwiesenen Mollereibutter verweigert, weil sie holländische Süßrahmbutter preiswürdiger beziehen kann. In Grimma kostete das Stüchchen Butter nur 11.— bis 11,50 M.

Zwecklose Gesuche. Bei dem Reichsministerium für Wiederaufbau und dem Reichskommissar zur Ausführung von Aufbauarbeiten gehen neuerdings viele Gesuche um Beschäftigung oder Anstellung im Bereiche des Wiederaufbaues ein. Sollte eine Vereinbarung über die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau getroffen werden, so wird die Anwerbung der Arbeiter und Angehörten keinesfalls durch das Reichsministerium für Wiederaufbau erfolgen. Etwasige Meldungen werden später durch die Presse bekanntgegeben werden. Bis dahin sind Gesuche an das Reichsministerium oder den Reichskommissar zwecklos und können im einzelnen nicht beantwortet werden.

Erbauliches aus der Ortsklasseneinteilung. Die „Zwid. N. N.“ melden: Ein Schlaglicht auf die völlige Inhabitarkeit der neuen Ortsklasseneinteilung wirft eine Protestversammlung, die vor kurzem von der diesigen Beamtenschaft abgehalten worden ist. Der Referent führte unter anderem aus, daß der Hauptbahnhof Werbau, weil er zufällig auf Leubnitzer Flur liegt, in die Ortsklasse D eingereiht worden ist, während die Stadt Werbau mit den Bahnhofsgehöften Werbau-West und Werbau-Nord bekanntlich der Ortsklasse C angehört. Diese Beamten sollen, weil sie bisher in Klasse C waren, noch 2000 M zurückzahlen.

Erfassung der Oberrechnungskammer durch einen Staatsrechnungsbefehl. Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 3. Juni beschlossen, dem Landtage den Entwurf eines Gesetzes über den Staatsrechnungsbefehl vorzulegen. Der Gesetzentwurf über den Staatsrechnungsbefehl soll anstelle des Gesetzes über die Rechnungskammer vom 30. Juni 1904 treten. Diese Behörde soll in Zukunft den Namen Staatsrechnungsbefehl führen. Das Gesetz verfolgt zwei Hauptzwecke, einmal soll das Rechnungsprüfungsverfahren wesentlich vereinfacht werden, damit der Vorchrift des Artikels 48 der Verfassung genügt werden kann, nach der dem Landtage über die Einnahmen und Ausgaben des Staates schon im folgenden Rechnungsjahre zur Entlastung der Regierung Rechnung zu legen ist. Sodann soll der Gesetzentwurf die Ergebnisse der Rechnungsprüfung einer besseren Auswertung durch Regierung und Landtag zuführen.

Die Kriegsblinden in Deutschland. Die Zahl der Kriegsblinden beträgt 3222. Als Unterlage der Verrechnung dienen